

FDP Rosbach

## KREIS ZEIGT ROSBACHER SPORT DIE KALTE SCHULTER

11.05.2024

Mit großem Bedauern nimmt die Rosbacher FDP zur Kenntnis, dass der Wetterauer Kreistag mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen den FDP-Antrag abgelehnt hat, den Neubau der maroden Eisenkrain-Halle mit einer Million € finanziell zu unterstützen. Rosbacher Vertreter dieser ablehnenden Parteien sollten sich fragen, ob sie sich auf Kreisebene ausreichend für Belange ihrer Stadt einsetzen, findet der Rosbacher FDP-Vorsitzende Jörg Werner.

Die 50 Jahre alte Eisenkrain-Halle ist mittlerweile nicht nur optisch ein Schandfleck, sondern auch aus energetischer Sicht ein Fiasko. Ein Neubau ist daher ein Teil der Stadtentwicklungsplanung, hatte sich aber immer wieder verzögert. "Auch Sportstätten müssen den Bedürfnissen einer wachsenden Stadt Rechnung tragen", meint Jörg Werner. Der Kreistag ist jedoch der Auffassung, dass das Sportprojekt mit neuer Halle, Sportplätzen, Laufbahn, Clubheim und Bewegungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger für veranschlagte gut 17 Millionen € alleinige Aufgabe der Stadt Rosbach sei. Mit anderen Worten: Ob Rosbach Sportstätten unterhält und in welchem Zustand diese sind, sei eine Frage, mit der sich der Wetteraukreis nicht zu beschäftigen habe. "Ein Argument aus der Mottenkiste", findet Jörg Werner und ergänzt: "Realität ist doch, dass Kommunen vor allem deshalb klamm sind, weil ihnen einerseits ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich ständig zusätzliche Aufgaben übertragen werden und ihnen andererseits dann noch durch stetig steigende Umlagen, insbesondere an den Kreis, die Luft zum Atmen genommen wird." In einer solchen Situation die alleinige Verantwortlichkeit der Kommune zu betonen, bleibe aus Sicht der Rosbacher Liberalen verantwortungslos.

"Selbstverständlich würden wir uns auch eine andere Verteilung von Geldern mit mehr freier Verfügbarkeit für Kommunen wünschen, aber bei einem solch großen Vorhaben



bleibt einer Stadt wie Rosbach nichts Anderes übrig, als um Zuschüsse zu betteln", so FDP-Fraktionsvorsitzender Hans-Otto Jacobi. Wenn der Wetteraukreis dann keine bessere Antwort als "löst Euer Problem selbst" habe, werde sicher auch immer lauter die Frage gestellt, was eigentlich die angemessenen Gegenleistungen für die mehr als 10 Millionen Euro sind, welche die Stadt jährlich und mit steigender Tendenz dem Wetteraukreis überweisen muss. Aufgabe der Rosbacher Politik sei nun, in gemeinsamer Anstrengung notwendige Fördermittel auf verschiedensten Ebenen zu mobilisieren. "Und wenn CDU und SPD in Land und Kreis Mehrheiten stellen, dann sind die Vertreter dieser Parteien auch in besonderer Verantwortung, auf ihre Vertreter in Kreis und Land einzuwirken" meinen die Freien Demokraten.